Landtag Nordrhein-Westfalen 18. Wahlperiode



09.11.2023

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/5000

Einzelplan 07 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen

Votum

Der Einzelplan 07 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration – wird unverändert angenommen, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses gegeben ist.

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) – Drucksache 18/5000 – wurde vom Plenum am 23. August 2023 zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie zur Mitberatung an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung des Unterausschusses Personal des Haushalts- und Finanzausschusses erfolgt.

B Beratungen

Der Einzelplan 07 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration – wurde vom Ausschuss für Gleichstellung und Frauen in den Sitzungen am 7. September 2023 und am 19. Oktober 2023 beraten sowie am 9. November 2023 abschließend beraten. Mit der Vorlage 18/1450 lag der Erläuterungsband zum Einzelplan 07 vor. Des Weiteren wird auf die Vorlagen 18/1638 und 18/1734 hingewiesen.

C Änderungsanträge der Fraktionen

Von der Fraktion der SPD wurde der im Anhang dargestellte Änderungsantrag zur Beratung und Abstimmung vorgelegt. Das Abstimmungsergebnis und das Abstimmungsverhalten ergeben sich aus dem Anhang.

D Ergebnis

Der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen votiert mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD dafür, den Einzelplan 07 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration – unverändert anzunehmen, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses gegeben ist.

Britta Oellers Vorsitzende

Anhang

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion	Antrag		Abstimmungsergebnis	
	SPD	Kapitel 07 060 Titelgruppe 61 Titel 684 61 Erhöhung des Bara	Gleichstellung von Frauen und Männern Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	abgelehr CDU SPD GRÜNE FDP AfD	nein ja nein ja
		2024 Ansatz It. HH 2023 von 33.181.200 Euro 33.481.200 Euro um 300.000 Euro auf 33.481.200 Euro			ja
		eine hohe Priorität rung des Angebots terin hat angekünd wollen und die Fö Ausschöpfung der mit einer Kürzung	waltbetroffenen Frauen muss für das Land Nordrhein-Westfalen haben. Es fehlen immer noch Frauenhausplätze. Die Finanzies durch die Träger bleibt weiter prekär. Die Gleichstellungsministigt, weitere Frauenhausplätze in die Förderung aufnehmen zu rderpauschalen zu erhöhen. Betrachtet man zugleich die hohe Titelgruppe 61 in den letzten Jahren, ist es fragwürdig, wie das der Mittel im Haushalt 2024 vereinbar ist. Es ist unverständlich, o aus der Titelgruppe gestrichen werden, um an anderer Stelle bzusichern.		